



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die deutsche Weltpolitik und England

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die deutsche Weltpolitik und England



Während in Deutschland die Erregung gegen die britischen Vettern fast noch in unverminderter Stärke andauert, ist in England ein bemerkenswerter Umschwung der Stimmung eingetreten. Erst kürzlich führte Sir Frank Lascelles, der frühere britische Botschafter in Berlin, in einer zu Glasgow gehaltenen Rede aus: „Der Argwohn und das Mißtrauen gegen Deutschland, die hier noch vor kurzem herrschten, haben in erheblichem Maße nachgelassen, und ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung wünscht ernstlich und aufrichtig eine Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen beiden Ländern.“ Sir Frank Lascelles sprach im Namen der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft. Dieser Umstand schwächt die Bedeutung der Rede nicht ab, wie in Deutschland vielfach angenommen wird. Die Ansicht, daß die Gesellschaft vorwiegend aus extremen Radikalen, Pazifisten und „Cranks“ bestehe und darum politisch nicht ernst zu nehmen sei, beruht auf falschen Voraussetzungen. Zu den Vizepräsidenten gehören die Spitzen der anglikanischen, schottischen und katholischen Kirche wie die Lordmayors von London und der andern großen Städte Englands und Schottlands. Unter den Mitgliedern des „General Council“ befinden sich konservative Aristokraten wie die Herzoge von Abercorn, Southerland und Devonshire; ferner drei Mitglieder der letzten unionistischen Regierung, nämlich Lord Midleton, Sir Edward Carson und Sir William Anson; zwei frühere permanente Unterstaatssekretäre des Foreign Office, Lord Sanderson und Lord Hardinge of Penshurst, der gegenwärtige Vizekönig von Indien; Vertreter von Heer und Flotte wie Feldmarschall Grenfell, Lord Methuen und Lord Charles Beresford; der Sprecher des Unterhauses und der Begründer des „Naval Annual“ Lord Brassey.

Das sind keine extremen Radikalen, Pazifisten und „Cranks“. Bedeutet schon die lange Reihe repräsentativer Namen, von denen die obigen nur eine kleine Auswahl bilden, an sich eine gute Rüstung für die Kampagne, die die Gesellschaft

im Interesse besserer Beziehungen zu Deutschland eröffnet hat, so braucht sie die Arbeit auch nicht mehr ganz von vorn zu beginnen. Der Umschwung der Stimmung hat bereits ohne ihr Zutun in Kreisen eingesetzt, die man früher einer besseren Einsicht kaum für zugänglich hielt. Recht bemerkenswert ist die veränderte Haltung der Presse, insbesondere der unionistischen Presse. Mit Ausnahme der Times sind fast alle unionistischen Blätter von Bedeutung in den letzten Wochen für eine Verständigung mit Deutschland eingetreten. Es ist ferner ganz interessant festzustellen, daß die neue Stimmung ihren ersten Ausdruck gerade in den Monatschriften fand, die vor zwölf Jahren den Reigen der antideutschen Agitation eröffnet hatten. Zwar haben die antideutschen Mitarbeiter dieser Revuen ihre Arbeit an ihnen nicht eingestellt, aber es ist ein wertvolles Zeichen, daß neben ihnen die entgegengesetzte Meinung zu Wort kommt. Fast jede neue Nummer der Revuen bringt Proben davon. Auch in den unionistischen Wochenschriften, wie dem Spectator und der Saturday Review begegnen wir dieser veränderten Haltung gegen Deutschland.

Was sind nun die Ursachen dieses Stimmungswechsels? Man fühlt sich an das alte Gedicht von dem Reiter erinnert, der ahnungslos über den zugefrorenen Bodensee reitet, und den hinterher der Schrecken packt, als er erfährt, welcher Gefahr er glücklich entronnen. Der öffentlichen Meinung Englands sind die Gefahren und die unübersehbaren Folgen eines Krieges mit Deutschland erst völlig zum Bewußtsein gekommen, als die Marokkokrise der Lösung schon so nahe war, daß niemand mehr an ihrem guten Ausgang zweifeln konnte.

In Deutschland scheint man den politischen Rechenfehler zu machen, daß man sagt: eben weil England in der Marokkofrage auf der gegnerischen Seite stand, werde es auch weiterhin unser Gegner sein. Das ist durchaus nicht notwendig. Die Ursachen für Englands Haltung im Sommer sind mit der Erledigung der Marokkofrage fortgefallen. Das deutsche Argument lautet weiter: „England gönnt uns unseren Platz an der Sonne nicht und will uns an jeder notwendigen kolonialen Expansion verhindern.“ Aber gerade die Marokkokrise hat zur Folge gehabt, daß die Engländer die Natürlichkeit und Notwendigkeit und darum Berechtigung unserer kolonialen Expansion erkannt haben, und daß sie nachdrücklich erklären, uns darin nicht entgegenzutreten zu wollen. Man muß sich vergegenwärtigen, welche Rolle die Idee der deutschen Weltpolitik in den letzten zwölf Jahren in der englischen Politik und Presse gespielt hat. Wir hatten beständig von Expansion gesprochen und geschrieben, und eine ungezügeltere Phantasie ebenso wie wildeste Konjunkturalpolitik hatten dabei ihre buntesten Blüten getrieben. All das griffen die Engländer in jener Zeit antideutscher Stimmung auf. Man konnte uns die widersinnigsten weltpolitischen Pläne unterschieben, weil man dafür Belege in der deutschen Presse oder in Flugschriften fand. Gerade in der Unbestimmtheit und Unklarheit der damaligen deutschen Expansionstendenzen erblickten die Engländer die Gefahr. Während der Marokkokrise des Sommers 1911 bekamen die Engländer zum ersten Male

eine deutlichere Vorstellung von den Zielen und der Richtung der deutschen Expansionspolitik. Sie sahen, daß die erste namhafte koloniale Erwerbung, die Deutschland seit Bismarck machte, weder in Holland oder Belgien, noch in Vorderasien, noch gar in Gebieten des britischen Reiches selbst stattfand, sondern in einem Teile Afrikas, der sich außerhalb des britischen Interessentkreises befindet. Als bald zogen sie den Schluß, daß auch die künftige Weltpolitik Deutschlands eine afrikanische Richtung habe. Als politische Realisten, wie die Engländer es sind, fragen sie sich nun, ob und wie weit die deutschen Ziele mit den Interessen ihres eigenen Reiches in Einklang gebracht werden können. Schon am 27. November beantwortete Sir Edward Grey die Frage teilweise, indem er in einer Rede ausführte, England beabsichtige keine weiteren Erwerbungen in Zentralafrika und sollte Deutschland dort nicht in den Weg treten. Englische Zeitungen sind in letzter Zeit weiter gegangen und haben die Frage der portugiesischen Kolonien mit allen Einzelheiten untersucht. Dann hat vor nicht langer Zeit ein Kabinettsminister, und zwar gerade Herr Lloyd George, das Wort ergriffen, um für bessere Beziehungen zwischen beiden Ländern einzutreten, und eine Woche darauf reiste schließlich Lord Salisbury nach Berlin.

* * *

Die Frage ist nun, wie wir uns unsererseits zu England stellen wollen. Sie berührt nicht allein unser Verhältnis zu England. Wir müssen sie darum weiter fassen. Sie lautet allgemein: Wo liegen unsere Ziele — unsere welt- und kolonialpolitischen Ziele? Die deutsche Nation muß sich darüber klar werden. Sie war sich nicht darüber klar, als im vorigen Sommer die Marokkofrage in Fluß kam. Das Ziel der Erwerbung eines Teiles von Marokko war eine Improvisation unverantwortlicher Politiker, und aus Mangel an Vorbereitung des politischen Denkens ist die noch immer andauernde Erregung und Verbitterung in ihrer großen Schärfe möglich geworden. Heutzutage aber kann keine Regierung, und wäre sie noch so stark, ein politisches Ziel erfolgreich verfolgen, wenn sie die Nation nicht hinter sich hat.

Wir haben jahrein und jahraus von Weltpolitik gesprochen und geschrieben, aber immer in einer allgemeinen, vagen Weise, ohne genau zu überlegen, was wir erreichen könnten, und ohne zu wissen, was wir erstreben müßten. Niemand wird mit Bestimmtheit sagen können, was die deutsche Nation in den letzten zwölf oder fünfzehn Jahren weltpolitisch gewollt, welche positiven Ziele sie sich gesetzt hatte. Der eine wollte dies und der andere jenes, ohne auch nur konsequent daran festzuhalten; die Nation als solche hatte keine bestimmten Ziele, und daher auch keinen entschlossenen Willen. Diesen Grundfehler gilt es in Zukunft zu vermeiden. Wir müssen wissen, was wir wollen — dann werden wir es auch erreichen!

Englische Zeitungen haben uns einen Teil der portugiesischen Kolonien sozusagen auf dem Präsentierbrett angeboten. Wir sollten die hierin zum Aus-

druck kommende Stimmung schätzen; den Vorschlag selbst werden wir uns reiflich zu überlegen haben. Die Saturday Review, von der der Vorschlag ausging, und die Blätter, die ihn befürworteten, haben schließlich nicht das Verfügungsrecht über Angola und Mozambique. Und wir sollten nicht wieder in den Fehler verfallen, neue weltpolitische Ziele in derselben kurzen Zeitspanne zu improvisieren, die dazu ausreicht, einen, wenn auch noch so schönen Leitartikel zu schreiben. Wir müssen uns darüber ernsthaft Rechenschaft geben, was wir unter den obwaltenden Umständen erreichen können. Diese Umstände aber hängen zum guten Teile von unseren Beziehungen zu den anderen Mächten ab, und, was unsere Kolonial- und Weltpolitik betrifft, ganz wesentlich von unseren Beziehungen zu England. Unsere Weltpolitik und unsere Beziehungen zu England sind in der Tat eng miteinander verflochten. In der europäischen Politik hat uns die Balkankrise gelehrt, daß England gegen uns wenig vermag; andererseits haben wir in dem letzten Sommer gesehen, daß es unserer kolonialen Expansion große Widerstände in den Weg legen könnte. Wir werden aber im Einvernehmen mit England weltpolitisch unzweifelhaft mehr erreichen als gegen England. Nun haben Sir Edward Grey und die öffentliche Meinung Englands deutlich genug zu erkennen gegeben, daß England uns nicht weiter entgegenarbeiten will, sofern unsere Expansion nicht in Gegensatz zu den materiellen britischen Interessen gerät.

Nun gibt es bei uns Politiker, die einen Ausgleich mit England für unmöglich halten. Dieser Standpunkt ist doktrinär, er entbehrt aller realpolitischen Grundlagen, er beruht vornehmlich auf Gefühlsgründen. Nur der praktische Versuch kann uns lehren, ob eine Annäherung — unter Bedingungen, die uns zufrieden stellen — möglich ist oder nicht. Der Versuch ist noch nicht gemacht. Sollen wir nun und gar im Zeitalter, in dem auf allen Gebieten der Satz herrscht: der sicherste Weg zum Beweise ist das Experiment, nur aus Gefühlsrückichten von einem Versuch Abstand nehmen? Sollen wir den herrschenden Zustand der Verbitterung und Entfremdung mit vollem Bewußtsein und in voller Absicht erhalten? Wir meinen: der Versuch könnte nicht schaden. Sollten wir uns, aller Erwartung zuwider, getäuscht sehen, sollte England sich in der Tat unseren Zielen entgegenstemmen und uns unseren Platz an der Sonne nicht gönnen, so wäre immer noch Zeit übrig, die Konsequenzen aus solcher Erkenntnis zu ziehen.

Eine andere Gruppe von Politikern würde eine Besserung der Beziehungen von Herzen gern sehen, wenn sie möglich wäre, aber sie haben Bedenken wegen des Ehrenpunktes. Nicht wir dürften England zuerst, sondern England müsse uns zuerst die Hand reichen. Diese Frage ist nun wohl durch den Besuch Lord Haldanes als erledigt anzusehen. Eine ganz seltsame Form nimmt aber die Ehrenfrage bei denen an, die die Theorie aufstellen, daß jede Verständigung so lange unmöglich sei, als England nicht „unsere Gleichberechtigung anerkannt hätte“. Man liest das nicht so ganz selten, und es muß also wohl einer

ziemlich verbreiteten Stimmung entsprechen. Aber was in aller Welt soll man sich bei dieser Phrase denken? Die „Anerkennung“ der Macht Deutschlands liegt doch schon in der Tatsache, daß England uns seit fast zehn Jahren die Ehre erweist, unserer Politik überall entgegenzutreten. Einem nicht ebenbürtigen Rivalen gegenüber wäre solche Übung doch kaum der Mühe wert gewesen. Aber man sehe sich einmal die nachstehend wiedergegebene juristische Formulierung einer solchen Forderung an.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Königlich Großbritannische Regierung schließen, in Erwägung daß . . . folgende Abkommen.

Artikel I: Die Königlich Großbritannische Regierung erkennt die politische Gleichberechtigung der Kaiserlich Deutschen Regierung an.

Berkleibt nicht durch diesen Satz allein alles unter den Händen? Es ist reinste Gefühlspolitik. Und doch rühmen wir Deutschen uns, Realpolitiker zu sein!

Man muß sich auch vergegenwärtigen, daß sich eine Annäherung zwischen zwei Ländern nicht im Umsehen erreichen läßt. Einen Vertrag würden die Regierungen wohl in einigen Monaten diplomatischer Verhandlungen zustande bringen; ein solcher Vertrag könnte auch eine politische Entspannung der Lage herbeiführen, aber zunächst auch nicht mehr. Die Verhandlungen würden aus der Erörterung einer großen Menge von Details bestehen; wir haben ja das Beispiel der deutsch-französischen Verhandlungen vom letzten Sommer noch in Erinnerung. Aber lehrreich ist es, auf die allmähliche Entwicklung der englischen Entente zurückzublicken.

Zunächst schloß England sowohl mit Frankreich wie mit Rußland detaillierte kolonialpolitische Abkommen, dennoch hat es Jahre gewährt, bis sich die gegenwärtigen, sehr viel engeren Beziehungen herausgebildet haben. Im Sommer 1904 verhielten sich die Franzosen der englischen Freundschaft noch sehr kühl gegenüber, und noch nach der ersten Marokkokrise von 1905 konnte sich das Kabinett Clemenceau des alten Mißtrauens gegen die englische Politik nicht erwehren. Die englischen Radikalen haben in ihrer jüngsten Fehde gegen Sir Edward Grey immer wiederholt, daß die englische Regierung durch die Bestimmungen des Vertrages von 1904 nicht verpflichtet gewesen wäre, in der Unterstützung Frankreichs so weit zu gehen, als sie im letzten Sommer gegangen ist. Das mag ganz richtig sein; der Vertrag von 1904 bildete nur die Grundlage, auf der sich erst allmählich, aus einer langen Reihe gemeinsamer Beratungen, gemeinsamer Handlungen und gemeinsamer böser und guter Erfahrungen die Entente des letzten Sommers aufgebaut hat. Ähnlich verhält es sich mit der englisch-russischen Entente. Wenn die persischen Schwierigkeiten des letzten Jahres unmittelbar in die Zeit nach Abschluß des Abkommens von 1907 gefallen wären, so kann man zweifelhaft sein, ob die englisch-russische Freundschaft diese Belastungsprobe so bestanden hätte, wie es schließlich, wenn auch unter augenfälligen Schwierigkeiten, jetzt geschehen ist. Auch die englisch-

russische Entente brauchte Zeit, um sich durchzusetzen. Die Besuche des Zaren in England und König Eduards in Reval, die Politik der Tripleentente in der Balkanfrage und anderes mehr haben allmählich die Beziehungen befestigt.

Man darf sich auch nicht versprechen, daß, wenn es zwischen England und Deutschland zu einem „Business-Arrangement“ käme, damit zugleich ein herzliches Einvernehmen zwischen beiden Nationen hergestellt würde. Regierungen haben es verhältnismäßig leicht, sich miteinander zu verständigen. Der öffentlichen Meinung würde es vermutlich schwerer werden, sich in einen Zustand paradiesischer Freundschaft einzuleben. In den letzten zwölf Jahren hat sich so viel Verstimmung, um nicht mehr zu sagen, angesammelt, daß sie sich nicht in aller Schnelligkeit beseitigen lassen wird. Aber vergessen wir nicht, daß die herzliche Freundschaft zwischen den beiden Nationen — so erfreulich sie uns auch erschiene — gar nicht der eigentliche Zweck unserer Politik ist. Der Zweck unserer Politik ist, die Ziele zu erreichen, die wir uns setzen. Die Ordnung unserer Beziehungen zu England ist ein wesentliches Mittel dazu. Wenn sich daraus ein Verhältnis zu England entwickeln sollte, das über unsere praktischen Wünsche und Bedürfnisse hinaus herzlich werden könnte, so wollen wir uns dessen freuen wie der Blumen im Frühling. Aber die gefühlsmäßige Seite unserer Beziehungen zu England ist kein politisches Erfordernis für uns. Es ist auch kein Erfordernis für die deutsche Politik, eine Änderung in der gegenwärtigen Gruppierung der Mächte zu erstreben und von diesem Gesichtspunkt aus an einer Änderung unseres Verhältnisses zu England zu arbeiten. Kombinationen der Mächte können niemals politischer Zweck, sondern immer nur Mittel zu einem Zweck sein.

Alfa



Allgemeine Wehrpflicht und Präsenzstärke

Ein rechtliches und militärisches Dilemma

Von Dr. Eugen Mübbling-Ulm

II.

6. Die materielle Gegenleistung der mit abgekürzter Dienstzeit oder ohne jede Dienstleistung entlassenen Wehrpflichtigen

Bezwecken die seither gemachten Vorschläge, durch Einführung der allgemeinen zweijährigen Dienstpflicht und eine höhere Bezahlung der zum dreijährigen Dienst herangezogenen Wehrpflichtigen die Dienstpflicht selbst gerechter zu gestalten, so handelt es sich nun um die weitere wichtige Rechtsfrage, wie das schwere Unrecht aus der Welt geschafft werden kann, das gegenwärtig in steigendem Maße dadurch